

## „Vorstoß zum Sozialismus“?

# Die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Pläne der SPD im Sommer 1932<sup>1</sup>

*Reiner Zilkenat*

Wir schreiben den 14. August 1932: Die Leserinnen und Leser der sozialdemokratischen Tageszeitung „Vorwärts“ reiben sich ungläubig ihre Augen. Werden sie das Opfer einer plumpen Fälschung?

Die Reichstagsfraktion der SPD, so kann man auf der Titelseite lesen, hat für die nächste Sitzung des Parlamentes am 30. August eine Reihe von Anträgen vorbereitet, die eine Verstaatlichung des Großgrundbesitzes, der Montan-, Chemie- und Zementindustrie, der Versicherungen, der Elektrizitätsversorgung und – namentlich genannt – der Dresdner Bank, der Commerzbank, der Berliner Handels-Gesellschaft und der Deutschen Bank beinhalten.<sup>2</sup> Eine Entschädigung ist lediglich auf der Basis der momentan niedrigen Aktienkurse vorgesehen. Zugleich würden Forderungen ausgearbeitet, die das Los der Arbeitslosen spürbar lindern, neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen und das Preisniveau für Lebensmittel, Mieten und Brennstoffe erheblich absenken sollen. Am 20. und 21. August veröffentlicht der „Vorwärts“ den genauen Wortlaut der in Aussicht gestellten Anträge.<sup>3</sup>

Folgende konkreten Vorschläge liegen jetzt der Öffentlichkeit in Form von Gesetzesentwürfen vor: Die planmäßige Organisation der Volkswirtschaft durch eine eigens zu schaffende „Planstelle“ sei vonnöten. Ihre Aufgabe bestünde auch darin, unverzüglich die Verstaatlichung weiterer als der schon genannten Wirtschaftszweige und Unternehmen vorzubereiten. Bei der Führung der verstaatlichten Wirtschaftszweige müssten die Vertreter der Arbeitnehmer, also die Gewerkschaften, „angemessen beteiligt“ werden. Die Arbeitsbeschaffung durch staatliche Kreditaufnahme in Höhe einer Milliarde Reichsmark, die kostenlose Abgabe von Kartoffeln, Fleisch und Kohle an die immer zahlreicher werdende Schicht verelendeter Existenzen werde im Rahmen einer „Winterhilfe“ angestrebt. Für Zucker müsse staatlicherseits ein Höchstpreis festgesetzt, die Preise für Mehl und Brot, Fette, Schmalz und Margarine dürften nicht erhöht, sondern gegebenenfalls gesenkt werden. Der enteignete Großgrundbesitz sei an Kleinbauern, Landarbeiter und genossenschaftlich arbeitende Landwirte aufzuteilen. Im Übrigen seien die Neubaumieten zu senken, Mietbeihilfen für Rentner und Arbeitslose müssten zur Verfügung gestellt werden. 50 Millionen Reichsmark seien zugunsten der Weiterbildung jugendlicher Arbeitsloser aufzuwenden. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit sei auf vierzig Stunden zu begrenzen. Die Arbeitgeber würden verpflichtet, „entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit neue Arbeitskräfte einzustellen“.

Die Finanzierung all dessen müsse durch die Kreditschöpfung des Reiches, Umschichtungen im Haushalt, besonders aber durch Zwangsanleihen und „Notabgaben“ auf hohe Einkommen und Vermögen realisiert werden. Ihren Beitrag hätten auch die ehemals regierenden

<sup>1</sup> Zuerst veröffentlicht im *Rundbrief der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE*, Heft 3-4/2012, S. 34-39.

<sup>2</sup> Speziell zur Forderung nach einer Verstaatlichung der Montanindustrie siehe *Vorwärts*, Nr.393, 21.8.1932, 2. Beilage, S.1: „Verstaatlichung der Montanindustrie. Wir fordern sie – Die Volkswirtschaft braucht sie – Die Wissenschaft rechtfertigt sie“.

<sup>3</sup> Siehe *Vorwärts*, Nr. 381, 14.8.1932, S.1: „Umbau der Wirtschaft! Sozialdemokratie zeigt den Weg“; Nr. 391, 20.8.1932, S.1: „Sozialistischer Aufbau. Unsere Forderungen im Reichstag“; Nr. 292, 21.8.1932, S.4: „Hilfe für die Arbeitslosen! Die Anträge unserer Reichstagsfraktion“; Nr. 393, 21.8.1932, S. 3: „Milderung der Wirtschaftsnot. Weitere Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion“.

Fürstenhäuser zu leisten: Ihre Schlösser, Liegenschaften, Kunstsammlungen und anderen Besitztümer müssten unverzüglich enteignet und zugunsten der Not leidenden Kriegsoffer verwendet werden. Sollten sie im Rahmen der „Fürstenabfindungen“ staatliche Zuwendungen erhalten, so ist deren sofortige Beendigung zu verfügen.<sup>4</sup>

Dieses sozialrevolutionär klingende Programm ist von niemandem erwartet worden. Am wenigsten von den Mitgliedern der SPD selbst. Es stellt sich die Frage: Warum hier und jetzt die Propagierung dieser Forderungen?

### **Sozialdemokratie in der Defensive**

Am 20. Juli 1932 hatte das reaktionäre „Kabinet der Barone“ unter Reichskanzler Franz von Papen die sozialdemokratische Regierung in Preußen unter der Führung des Ministerpräsidenten Otto Braun mit Hilfe einer Notverordnung des Reichspräsidenten aus dem Amt gejagt.<sup>5</sup> Es bedurfte hierzu lediglich eines Leutnants mit zehn Mann. Ein „Widerstand“ dagegen war nur in Form einer Klage vor dem Staatsgerichtshof organisiert worden. Weder die Preußische Polizei noch die sozialdemokratische Wehrorganisation „Reichsbanner“ wurden zur Abwehr dieses Staatsstreiches eingesetzt.<sup>6</sup>

Zeitgleich steigerten sich die gewalttätigen Aktionen der SA auch gegenüber der Sozialdemokratie. Nicht zuletzt das „Reichsbanner“ war Adressat blutiger Anschläge, darunter Attentate mit Pistolen und Handgranaten.<sup>7</sup>

Keine zwei Wochen nach dem „Preußenschlag“ musste die SPD bei den Reichstagswahlen am 31. Juli eine schwerwiegende Niederlage einstecken. Sie verlor im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen im September 1930 knapp 620.000 Stimmen und büßte 10 Mandate ein, während die NSDAP zur stärksten Partei avancierte, die jetzt über mehr Mandate verfügte als die SPD und die KPD zusammen (230:133:89). Innerhalb der Arbeiterbewegung verschoben sich die Gewichte immer stärker zugunsten der Kommunisten. Sie konnten in der Reichshauptstadt Berlin bei den Reichstagswahlen die meisten Stimmen aller Parteien erzielen. Insgesamt gewannen sie 700.000 Stimmen und 12 Mandate im Vergleich zu den Wahlen im September 1930 hinzu und stellten die drittstärkste Fraktion im Reichstag. Der wachsende Einfluss der Kommunisten, der seinen beredten Ausdruck bei den Ergebnissen zu den Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen fand, bildete ein starkes Motiv für die Propagierung des „Umbau“-Planes. Der Chefredakteur des „Vorwärts“ und Reichstagsabgeordnete Friedrich Stampfer schrieb hierzu in seinen Memoiren: „Er (der Plan zum „Umbau“ der Wirtschaft-R.Z.) sollte der Sozialdemokratie gegenüber der Kommunistischen Partei die Führung in der politischen Arbeiterbewegung sichern. Geling es, die Massen für den Plan ins Feuer zu bringen, dann blieb der KPD nur die Rolle des Mitläufers oder die des unfruchtbaren Kritikasters.“<sup>8</sup>

<sup>4</sup> Siehe hierzu Hans Mommsen: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918-1933, 2. Ausgabe, München 2001, S.296ff.

<sup>5</sup> Siehe zur Politik Papens die Arbeit von Ulrike Hörster-Philipps: Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Die Regierung Franz von Papen, Köln 1982. Neue Aufschlüsse zur Person und Politik Papens finden sich in der Studie von Karl Heinz Roth: Franz von Papen und der Faschismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 51. Jg., 2003, H.7, S.589ff.

<sup>6</sup> Siehe Hans Mommsen: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918-1933, S.537ff.; Eberhard Heupel: Reformismus und Krise. Zur Theorie und Praxis von SPD, ADGB und AfA-Bund in der Weltwirtschaftskrise 1929-1932/33, Frankfurt a.M. u. New York 1981, S.164ff. Der Bochumer Historiker schreibt ebenda, S.175, „dass in den Ereignissen des 20. Juli 1932 das Scheitern des reformistischen Antifaschismus offenbar wurde“. Siehe auch Albrecht Grzesinski: Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten. Herausgegeben von Eberhard Kolb, München 2001, S.257ff.

<sup>7</sup> Siehe hierzu die ausführliche Berichterstattung des „Vorwärts“, der auch die milden Strafen für die Nazi-Täter beklagte. Bilanzierend: Vorwärts, Nr.461, 30.9.1932, S.1f.: „100 Tote in sechs Wochen!“

<sup>8</sup> Friedrich Stampfer: Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben, Köln 1957, S.326. Stampfer gehörte auch zeitweilig dem Parteivorstand an und war bestrebt, nicht alle Brücken zur KPD abzubauen, sondern die Polemik der SPD gegenüber den Kommunisten zumindest abzumildern.

Mittlerweile versuchte das Kabinett Papen, das ohne jede parlamentarische Erdung den Demokratie- und Sozialabbau, den Prozess der Faschisierung immer weiter vorantrieb, die NSDAP auf irgendeine Weise an der Regierungsmacht zu beteiligen. Vielleicht mit Hitler oder einem anderen faschistischen Parteiführer als Vizekanzler? Vielleicht als die Regierungspolitik tolerierende Fraktion im Reichstag? Ferner gingen Reichskanzler von Papen und die nach dem Staatsstreich in Preußen eingesetzte kommissarische Regierung in zunehmendem Maße auch offen repressiv gegen die Sozialdemokratie vor. In diesen Zusammenhang gehörte das Verbot des „Vorwärts“ vom 30. August bis zum 2. September 1932 durch den Berliner Polizeipräsidenten Kurt Melcher. Die Begründung dieser willkürlichen Vorgehensweise ließ bereits den Geist des bevorstehenden „Dritten Reiches“ aufscheinen. Da das Regierungsprogramm Papens in der sozialdemokratischen Tageszeitung als „Programm des Verfassungsbruchs“ bezeichnet worden sei, liege „eine grobe Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Herrn Reichskanzlers“ vor.<sup>9</sup> Insgesamt schienen für die Sozialdemokratie die Zeiten wachsender politischer Einflusslosigkeit und immer größer werdender Entfremdung von ihrer Basis angebrochen zu sein. Vor allem das peinliche Zurückweichen am 20. Juli, ungeachtet der Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder und Anhängerschaft, hatte die Autorität der sozialdemokratischen Parteiführung arg beschädigt. Nachdem bereits die „Tolerierung“ der reaktionären Brüning-Kabinette (März 1930 bis Mai 1932) die SPD zum Teilhaber eines sich immer rasanter vollziehenden Demokratie- und Sozialabbaus gemacht hatte, war im Sommer 1932 ein Punkt erreicht worden, an dem ein „Befreiungsschlag“ dringend vonnöten war, um aus der politischen Defensive herauszukommen. Es galt, wieder die Autorität in der Arbeiterschaft zurückzugewinnen und die eigenen Mitglieder, Anhänger und Wähler neu zu motivieren. Es ging um die Wiedergewinnung der politischen Glaubwürdigkeit. Die Rezepturen hierzu lauteten „Umbau der Wirtschaft“ und: „Vorstoß zum Sozialismus“, wie es der Vorsitzende der Holzarbeitergewerkschaft Fritz Tarnow am 21. August 1932 im „Vorwärts“ formulierte.<sup>10</sup>

### **Fritz Tarnow propagiert den Sozialismus**

Tarnow hebt in seinem „Vorwärts“-Artikel hervor, dass es sich bei der Kaskade sozialdemokratischer Anträge im Reichstag nicht „um die Befriedigung eines bloßen Agitationsbedürfnisses oder nur um ein politisches Manöver zur Entlarvung des Nationalsozialismus“ handle. Vor allem: „Die Anträge dürfen auch keineswegs als die Plakatierung von Fernzielen angesehen werden.“ Scheinbar wird der Übergang zum Sozialismus als Tagesaufgabe deklariert: „Die heute vorhandene ökonomische Situation wird als reif für sozialistische Wirtschaftsumgestaltung in breiter Front angesehen.“

In gleicher Weise argumentieren der Parteivorsitzende Otto Wels, der Reichstagspräsident Paul Löbe sowie diverse Leitartikler des „Vorwärts“.<sup>11</sup> Sie suggerieren, dass es an der Zeit sei, „den grundsätzlichen Umbau von der kapitalistischen Anarchie zur Planwirtschaft vorwärts“ zu treiben. Es ginge um nicht weniger als den „sozialistischen Aufbau“, so lesen wir es in großen Lettern auf der Titelseite des „Vorwärts“ am 20. August 1932.<sup>12</sup>

Bei allen Autoren, die sich zum „Umbau der Wirtschaft“ zu Wort melden, fällt auf, dass sie zur Verwirklichung ihrer Forderungen ausschließlich parlamentarische Mittel – und etwas

<sup>9</sup> Siehe Vorwärts, Nr.409, 31.8.1932, S.1: „Vorwärts verboten!“

<sup>10</sup> Siehe Vorwärts, Nr.393, 21.8.1932, S.1, Fritz Tarnow: „Vorstoß zum Sozialismus“. Daraus auch die folgenden Zitate.

<sup>11</sup> Siehe Vorwärts, Nr. 403, 27.8.1932, S.1, Paul Löbe: „Der Weg zur Rettung! Sozialistische Aktion!“; Nr.437, 16.9.1932, S.3f.: „Löbe antwortet Papen!“; Nr. 445, 21.9.1932, S.1f.: „Wir greifen an! Wels und Löbe rufen zum Freiheitskampf“; Nr.459, 29.9.1932, S.1, Paul Löbe: „Warum erst jetzt? Eine Antwort an unsere Gegner“;

<sup>12</sup> Ebenda, Nr.391, 20.8.1932, S.1.

später – die Durchführung eines Volksentscheides einsetzen wollen.<sup>13</sup> Konkrete Maßnahmen des außerparlamentarischen Kampfes, z.B. politische Streiks, Betriebsbesetzungen, organisierter Widerstand gegen die immer zahlreicheren Exmittierungen, Massendemonstrationen, die politische Aktivierung der nach Millionen zählenden Erwerbslosen und der Not leidenden Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden, sind nicht vorgesehen.

Deshalb titelt der „Vorwärts“ auch am 7. September nicht „Sozialdemokratie, greif an!“ oder „Arbeiter, greift an!“, sondern „Reichstag, greif an! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ruft zur Offensive gegen Lohnraub!“ Wohlgermerkt: Nicht der Parteivorstand, sondern die Reichstagsfraktion wird konsequenter Weise das Aktionszentrum der beabsichtigten, auf das Parlament reduzierten Aktivitäten. Es stellt sich allerdings, selbst für diejenigen, die einen solchen parlamentarischen Kampf befürworten, die Frage: Welche Glaubwürdigkeit können derartige Konzepte beanspruchen, angesichts der jahrelangen „Tolerierung“ Brüning's im Reichstag durch die sozialdemokratische Fraktion? Und hatte nicht das Zurückweichen am 20. Juli 1932 und die strikte Weigerung, gemeinsam mit der KPD gegen die Faschisten und ihre Steigbügelhalter im „Kabinett der Barone“ vorzugehen, hatte nicht das Beharren auf einem so genannten Legalitätskurs die Insuffizienz des vornehmlich parlamentarischen Kampfes nachgewiesen? Dies galt umso mehr, als der Reichstag inzwischen kaum noch einberufen und statt mit Gesetzen in der Regel mit Notverordnungen des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg regiert wurde. Die Orientierung auf den Reichstag als dem vermeintlich wichtigsten Akteur bei der Realisierung des „Umbau“-Programms rief von Anfang an ernste Zweifel an dessen Seriosität hervor.

Übrigens: Die naheliegende Frage, weshalb die SPD nicht schon während der Revolution von 1918/19 die Sozialisierung des Großgrundbesitzes, der Banken und der Schwerindustrie durchgeführt hatte, beantwortete Fritz Tarnow wahrheitswidrig damit, dass damals der Arbeiterbewegung die politische Macht in einem Augenblick zugefallen sei, „als die ökonomischen Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus hoffnungslos ungünstig waren“. Im Gegensatz dazu sei „die heute vorhandene ökonomische Situation reif für sozialistische Wirtschaftsgestaltung in breiter Front“. „Viele Anzeichen“, so Tarnow, „sprechen dafür, dass der Zeitpunkt gekommen ist, an dem der Übergang zur sozialistischen Wirtschaftsform eine entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit geworden ist.“<sup>14</sup>

### **Die Haltung des ADGB und seine Kontakte zur NSDAP**

Problematisch ist die Haltung von führenden Funktionären des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum „Umbau“-Programm der SPD. Denn ohne die Mobilisierung und aktive Teilhabe der Gewerkschaften und ihrer Millionen parteiloser Mitglieder ist die Realisierung derartiger Konzepte – sollten sie ernst gemeint sein – von vornherein chancenlos.

Der ADGB hatte seinerseits auf einem „Krisenkongress“ im April 1932 ein Programm verabschiedet, das nach seinen geistigen Urhebern Wladimir Woytinski, Fritz Tarnow und Fritz Baade „WTB-Plan“ genannt wird.<sup>15</sup> Im Gegensatz zum „Umbau“-Programm der SPD

<sup>13</sup> Siehe Vorwärts, Nr.431, 13.9.1932, S.2: „Unser Volksentscheid!“ u. Nr.435, 15.9.1932, S.1, Siegfried Aufhäuser: „Unser Volksbegehren. Unser Weg.“ Aufhäuser war Vorsitzender des Allgemeinen freien Angestelltenbundes („AfA-Bund“) und Mitglied des Reichstages.

<sup>14</sup> Siehe Vorwärts, Nr.393, 21.8.1932, S.1, Fritz Tarnow: „Vorstoß zum Sozialismus. Unsere Anträge im Reichstag.“ Siehe auch Vorwärts, Nr.459, 29.9.1932, S.1, Paul Löbe: „Warum erst jetzt? Eine Antwort an unsere Gegner.“

<sup>15</sup> Siehe Michael Schneider: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn-Bad Godesberg 1975. Auf S.96ff. stellt der Autor das „Problem der Einbindung des Arbeitsbeschaffungsplans in die Programmatik zum ‚Umbau der Wirtschaft‘“ und das sich

wird hier von der Reichsregierung im Wesentlichen die Realisierung einer antizyklischen Wirtschaftspolitik gefordert. Sie soll mit Hilfe von kreditfinanzierten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, nämlich einer „volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so auszugestalten ist, dass sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht“<sup>16</sup>, durch einen Freiwilligen Arbeitsdienst, Infrastrukturmodernisierungen, Wohnungs- und Kleinsiedlungsbau sowie Meliorationen zu einer Belebung der Konjunktur, einem deutlichen Abbau der Massenarbeitslosigkeit und zu einer Hebung der daniederliegenden Massenkaufrkraft führen.

Diese Konzepte sind jedoch weitgehend systemimmanent und bieten im Gegensatz zum „Umbau“-Programm der SPD keinerlei sozialistische Perspektive an. Heinrich Schliestedt, Sekretär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, bringt in einer Sitzung des Bundesausschusses des ADGB am 16. Februar 1932 die Kritik an der Unzulänglichkeit solcher Programme mit folgenden Worten auf den Begriff:

„Was bis jetzt an Plänen erörtert wird, basiert auf der kapitalistischen Ordnung; wir hätten die Pflicht zu zeigen, ob es von der anderen, der sozialistischen Ebene einen Weg gibt. Wir dürfen uns aber nicht im Negativen erschöpfen.(...)Die Enteignung erfordert politische Macht – aber ohne solche Forderung bekommen wir die politische Macht nicht. Solche konkreten Forderungen müssen wir zu einem Gegenwartsprogramm zusammenstellen, und dafür können wir die Massen mobilisieren.“<sup>17</sup> Schliestedt erfährt mit seiner Auffassung über den Charakter eines gewerkschaftlichen Wirtschaftsprogramms fast keinerlei Unterstützung. Das Einschwenken des ADGB auf das viel weitergehende „Umbau“-Programm der Sozialdemokratie kann nur durch Halbherzigkeit gekennzeichnet sein. Es fehlt die innere Überzeugung von der Notwendigkeit der hier vorgeschlagenen Maßnahmen.

Ohnehin scheinen einige führende Gewerkschaftsfunktionäre auf Distanz zur SPD zu gehen. Sie sind in wachsendem Maße bereit, die „nationale Karte“ zu spielen und den Dialog mit „antikapitalistischen“ Kräften in der NSDAP um den Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser und dem als „roten General“ apostrophierten Reichswehrminister Kurt von Schleicher zu führen. Dieser strebt ein „Querfront“-Bündnis zwischen den Führungen des ADGB, der Christlichen Gewerkschaften, Strasser und seinen Sympathisanten innerhalb der faschistischen Partei, diversen „Wehrverbänden“, wie dem „Stahlhelm“ und dem „Reichsbanner“, sowie der Reichswehrführung an. Diese Konzeption impliziert die Spaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und der faschistischen Partei. Letztlich soll dieses Bündnis die fragile Basis eines Reichskabinetts unter General von Schleicher bilden.<sup>18</sup>

---

„abkühlende“ Verhältnis von ADGB und SPD in der Zeit der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise ausführlich dar. Siehe auch derselbe: Arbeitsbeschaffung. Die Vorstellungen von Freien Gewerkschaften und SPD zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, in: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927-1933. Hrsg. von Wolfgang Luthardt, 1.Bd., Frankfurt a.M. 1978, S.221ff.

<sup>16</sup> Aus der Entschließung des ADGB-„Krisenkongresses“ vom 13. April 1932; zitiert nach: Frank Deppe u. Wittich Rossmann: Wirtschaftskrise, Gewerkschaften, Faschismus. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik 1929-1933, Köln 1981, S.159.

<sup>17</sup> Siehe Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933. Bearbeitet von Peter Jahn unter Mitarbeit von Detlev Brunner, Köln 1988 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, im 20. Jahrhundert, Bd. 4), Dokument 76, S.510.

<sup>18</sup> Siehe hierzu Axel Schildt: Militärdiktatur auf Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichsregierung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. u. New York 1981; derselbe: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Reichswehr – Zur Militärpolitik der SPD in den letzten Jahren der Weimarer Republik, in: Deutsche Arbeiterbewegung vor dem Faschismus. Mit Beiträgen von Hildegard Caspar u.a., Berlin 1981 (Argument-Sonderband 74), S.109ff.; derselbe: Militärische Ratio und Integration der Gewerkschaften. Zur Querfrontkonzeption der Reichswehrführung am Ende der Weimarer Republik, in: Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen. Hrsg. von Richard Saage, Frankfurt a.M. 1986, S.346ff. Schildt spricht hier (S.354) von einer „Mischung von Nationalismus und aktiver Konjunkturpolitik“, die den politischen Vorstellungen der ADGB-

Wie sich herausstellt, handelt es sich hier um ein realitätsfernes Konstrukt, da die Orientierung bedeutender Exponenten des deutschen Monopolkapitals und anderer gesellschaftlicher Eliten auf die Machtübertragung an die NSDAP und ihren „Führer“ Adolf Hitler nicht in erforderlichem Maße in Betracht gezogen wird.<sup>19</sup>

Wie auch immer: Streng vertraulich kommt es im Sommer 1932 zu ersten Gesprächen zwischen Repräsentanten des ADGB und der faschistischen Partei.

Am 26. August empfängt der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart Hermann Cordemann, der das Berliner Büro der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP leitet und zuvor kaufmännischer Mitarbeiter der Siemens-Schuckert-Werke war, zu einem langen Gespräch.<sup>20</sup> Cordemann unterstreicht im Rahmen seiner höchst widersprüchlichen Ausführungen, dass die faschistische Partei zwar „auf dem Boden des Privateigentums“ stehe, aber die Unternehmer dürften „dieses Eigentum nur zum Wohle der Gesamtheit verwalten“. Aus eigener beruflicher Erfahrung wisse er, „dass die schlimmste Ausbeutung beim Industriekapital liege“. Und weiter: „Das, was wir wirtschaftspolitisch wirklich wollen, haben wir noch gar nicht publiziert.(...)Ich versichere Ihnen aber, dass es antikapitalistisch sein wird.“ Am Ende gibt Leipart dem Abgesandten der Nazis die Zusicherung, dass er durchaus bereit wäre, mit Gregor Strasser zu reden, dem Reichsorganisationsleiter der faschistischen Partei. Strasser hatte in einer vielbeachteten Reichstagsrede am 10. Mai 1932 davon gesprochen, dass 95 Prozent aller Deutschen von einer „großen antikapitalistischen Sehnsucht“ erfüllt seien und zugleich das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB in den höchsten Tönen gelobt.<sup>21</sup> Er gilt als innerparteilicher Konkurrent Hitlers und wird Monate später als Anwärter auf den Posten des Vizekanzlers in einem „Querfront“-Kabinett Kurt von Schleichers gehandelt.

Erich Lübbert, Generaldirektor einer mittelständischen Tiefbaufirma, Mitglied des Arbeitsausschusses Deutschnationaler Industrieller und des Wirtschaftsbeirates des reaktionären „Stahlhelms-Bund der Frontsoldaten“, hatte zwei Tage zuvor mit den Sekretären des Bundesvorstandes Wilhelm Eggert und Hermann Schlimme sowie mit Lothar Erdmann<sup>22</sup> konferiert, dem Redakteur der theoretischen Zeitschrift der Gewerkschaften, „Die Arbeit“.<sup>23</sup> Der Gast ist bestens eingeführt, denn er verweist auf eine Empfehlung von Albert Gebhardt, der das Berliner Büro des „Reichsbanners“ leitet und zugleich Mitarbeiter des Reichskommissars für Arbeitbeschaffung ist.<sup>24</sup> Lübbert bemüht sich, die angeblichen Gemeinsamkeiten zwischen den Gewerkschaften und der NSDAP herauszuarbeiten, die er als „die positiven politischen Kräfte“ in Deutschland bezeichnet. Es ginge darum, dass „beider Bestrebungen der gemeinsamen Idee der Nation unterzuordnen“ seien. Wichtig sei vor allem, die Arbeitsdienstpflcht einzuführen und dadurch die jungen Leute bis zur Vollendung ihres 22. Lebensjahres vom Arbeitsmarkt fern zu halten.

Am Rande bemerkt: Lübbert unterzeichnet im November 1932 die Industrielleneingabe an Paul von Hindenburg, die den Reichspräsidenten auffordern wird, Hitler zum Reichskanzler

---

Führung im Jahre 1932 in immer stärkeren Maße zugrunde gelegen habe.

<sup>19</sup> Siehe hierzu meinen Beitrag zum Verhältnis von Großindustrie und NSDAP in diesem Heft.

<sup>20</sup> Siehe Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933, Dokument 122, S.657ff. Daraus auch die folgenden Zitate.

<sup>21</sup> Siehe Verhandlungen des Reichstags, Bd.446, 62.Sitzung, 10.5.1932, S.2511.

<sup>22</sup> Erdmann galt als einer der Protagonisten für eine politische Hinwendung des ADGB zu General von Schleicher und seinem „Querfront“-Konzept. Zugleich plädierte er dafür, das historisch gewachsene Bündnis der Freien Gewerkschaften mit der SPD aufzukündigen und schlug dabei immer stärker „nationale“ und antimarxistische Töne an. Die Nazis ermordeten ihn im September 1939 im KZ Buchenwald.

<sup>23</sup> Siehe Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933, Dokument 120, S.652ff. Daraus auch die folgenden Zitate.

<sup>24</sup> Gebhardt wird 1933 Mitglied der NSDAP.

zu berufen. Zu Beginn der 1960er Jahre zählt er dann – von seinem Wohnsitz in Südwesafrika aus – zu den Finanziers der neofaschistischen Deutschen Reichs-Partei.<sup>25</sup>

Zwar widersprechen die gewerkschaftlichen Gesprächspartner recht energisch den Auffassungen der Herren Cordemann und Lübbert; aber allein die Tatsache, dass diese Gespräche überhaupt und in einem Augenblick stattfinden, in dem die sozialdemokratische Partei mit publizistischer Unterstützung von leitenden ADGB-Funktionären wie Fritz Tarnow einen sozialistisch anmutenden „Umbau der Wirtschaft“ fordert sowie die SPD und ihre „Vorfeldorganisationen“ immer häufiger terroristischen Anschlägen der SA ausgesetzt sind, ist skandalös und lässt ernsteste Zweifel am Willen zur Realisierung des „Umbau“-Programms entstehen. Im Übrigen: Weshalb die Geheimniskrämerei, um diese Gespräche gegenüber der Öffentlichkeit, vor allem den eigenen Mitgliedern, zu verheimlichen?

### **„Umbau“-Programm bleibt Episode**

Insgesamt waren die Voraussetzungen für die Realisierung des „Umbaus der Wirtschaft“ alles andere als günstig. *Erstens* konnten Tendenzen einer Distanzierung der Gewerkschaften, aber auch des „Reichsbanners“<sup>26</sup>, von der SPD und ihr Einschwenken auf nationalistische Stimmungen (z.B. „Wehrhaftigkeit“, Arbeitsdienstpflicht, „national“ definierter Sozialismus, Antimarxismus) nicht übersehen werden. Ohne die aktive Unterstützung des ADGB und aller sozialdemokratischen „Vorfeldorganisationen“ war der Plan eines „Umbaus“ der Wirtschaft im Sinne der Anträge der SPD-Reichstagsfraktion von vornherein zum Scheitern verurteilt. *Zweitens* existierte kein überzeugendes Konzept für die Umsetzung des „Umbau“-Programms. Besonders von der Notwendigkeit außerparlamentarischer Kämpfe war nirgendwo die Rede. Deshalb fehlte *drittens* konsequenter Weise fast jeder ausdrückliche Hinweis, dass die Realisierung der unterbreiteten Vorschläge letztlich die Frage der Erringung der politischen Macht auf die Tagesordnung setzte.<sup>27</sup> *Viertens* wäre spätestens nach der kampflosen Preisgabe der sozialdemokratischen „Bastion“ Preußen am 20. Juli 1932 eine vollständige Änderung der politischen Strategie der SPD vonnöten gewesen, um die Glaubwürdigkeit des „Umbau“-Programms zu untermauern. Die Partei zeigte sich jedoch außerstande, über ihren Schatten zu springen.<sup>28</sup>

So blieb die Konzeption vom „Umbau der Wirtschaft“ nicht mehr als eine interessante Episode in der Theorie und Praxis des hilflosen Antifaschismus der Sozialdemokratie am Ende der Weimarer Republik.

<sup>25</sup> Siehe Der Spiegel, Nr. 45, 1.1.1961, S. 40f.: „Hilfe aus Afrika“.

<sup>26</sup> Siehe hierzu Hans Mommsen: Aufstieg und Niedergang der Republik von Weimar 1918-1933, S. 289f., 599ff. u. 608ff. Insgesamt zur Geschichte des Reichsbanners siehe Karl Rohe: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966; Helga Gottschlich: Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin 1987.

<sup>27</sup> In diesem Zusammenhang schiebt Fritz Tarnow in seinem programmatischen Artikel „Vorstoß zum Sozialismus“ auch die Frage schnell beiseite, wie es um das Verhältnis evolutionärer und revolutionärer Elemente bei der Realisierung des „Umbau“-Programms bestellt sei: „In der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung hat die Frage, ob der Weg zum Sozialismus ein ‚revolutionärer‘ oder ein ‚evolutionärer‘ sein soll, mehr als einmal heiße Debatten ausgelöst. Die Gegensätzlichkeit zwischen diesen beiden Begriffen ist in der Praxis aber gar nicht so groß. . . In Wirklichkeit handelt es sich auch nur darum, in welchem Tempo der Systemwechsel abgewickelt werden kann, und das ist eine Angelegenheit, die nicht allein von der politischen Willensbildung, sondern in viel höherem Maße auch von ökonomischen Voraussetzungen abhängt.“ Vorwärts, Nr.393, 21.8.1932, S.1, Fritz Tarnow: „Vorstoß zum Sozialismus“.

<sup>28</sup> Allerdings gab es innerhalb der Sozialdemokratie, auch bei einigen führenden Genossen, durchaus die Bereitschaft, auf die KPD zuzugehen. Sie bildeten allerdings eine kleine Minderheit. Siehe Reiner Tostorff: „Einheitsfront“ und/oder „Nichtangriffspakt“ mit der SPD, in: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik, S.206ff.

Ungeachtet dessen bot sie potenzielle Anknüpfungspunkte für ein gemeinsames Handeln der Arbeiterorganisationen. Sowohl die tagespolitischen als auch die weiterreichenden Forderungen, die ohne Zweifel auf die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zielten, hätten eine diskussionswürdige programmatische Grundlage für ein einheitliches Handeln von SPD, ADGB und KPD darstellen können. Man hätte die sozialdemokratische Führung beim Wort nehmen müssen. Dass diese Potenziale des „Umbau-Programms“ vom Sommer 1932 ungenutzt blieben, dafür trugen jedoch nicht allein die SPD und die Freien Gewerkschaften die Verantwortung. Auch die Führung der KPD hätte hierzu über ihren Schatten springen und die ständige Diffamierung der SPD als „sozialfaschistisch“ und den gegen sie gerichteten Kampf beenden müssen.<sup>29</sup> Doch erst auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale und während der Brüsseler Konferenz der KPD sollte sich drei Jahre später – *zu* spät! – diese Erkenntnis Bahn brechen.

---

<sup>29</sup> Siehe hierzu den Beitrag von Klaus Kinner in diesem Heft.